

UMWELTSCHUTZ IST AUCH HEIMATSCHUTZ?

Was rechtsextreme Ideologien mit Natur- und Umweltschutz zu tun haben

In Deutschland werden Umweltpolitik und ökologisches Denken oft mit alternativen Lebensweisen und einem emanzipatorischen Demokratieverständnis verbunden. Doch diese Annahme trifft nur bedingt zu. Denn seit seiner Entstehung ist der Natur- und Umweltschutz oft mit völkisch-nationalistischem und faschistischem Gedankengut verbunden. Die Verinnahmung dieser Themen von extrem Rechten muss rechtzeitig erkannt und deutlich abgelehnt werden.

IN DER Hochphase der Proteste rund um den Hambacher Wald war auf der Webseite der neonazistischen Kleinpartei ‚Der III. Weg‘ eine Solidarisierungserklärung mit den AktivistInnen zu lesen: „Wir vom ‚III. Weg‘ stehen ebenfalls auf der Seite der Umweltaktivisten und sagen ganz klar ‚Nein‘ zur Rodung eines solch denkwürdigen Abbilds der Natur mit ihrer Vollkommenheit. Umweltschutz ist Heimatschutz. Wir stehen für den Schutz unserer Heimat!“¹

Liest man den gesamten Artikel und denkt sich allzu pathetische Begriffe und Bezüge auf die schützenswerte „deutsche Heimat“ weg, könnte dieser auch von einer demokratischen Organisation geschrieben worden sein. Die Forderungen in Bezug auf Alternativen zum Braunkohleabbau und dem Erhalt des Waldes sind nahezu deckungsgleich. Dass sich die extreme Rechte mit dem Natur- und Umweltschutz auseinandersetzt, sollte eigentlich niemanden überraschen, denn die Parole „Umweltschutz ist Heimatschutz“ hat eine lange Tradition und wird als ihr ureigenes Thema angesehen.

Die Heimatschutzbewegung

Als es im Deutschen Reich gegen Ende des 19. Jahrhunderts im Zuge von Industrialisierung, Urbanisierung und Landflucht zu sichtbaren Auswirkungen auf die Natur und Umwelt kam, entstand als erste Naturschutzbewegung die sogenannte Heimatschutzbewegung. Die zentralen AkteurInnen um den Komponisten Ernst Rudorff hingen einem romantischen Verständnis von Landschaft, Natur und Landwirtschaft nach. Sie sahen den Verlust der kleinbäuerlichen Idylle im massiven Wachstum

der Städte als großes Problem an und setzten sich für eine Rückbesinnung auf frühere Zeiten ein. Die konservativen HeimatschützerInnen sorgten sich aber nicht nur um die Natur, sondern in einem größeren Kontext um die Heimat, welche eine Verbindung von „Volk“ und „Raum“ bedeutete. Sie gingen davon aus, dass die Umgebung (Raum) das in ihr lebende „Volk“ prägte und andersherum. Das heißt, die „Volkseele“ ist untrennbar

mit der Landschaft und Natur verbunden und das „deutsche Volk“ würde bei einer Zerstörung der Natur auch erheblichen Schaden nehmen oder sogar untergehen. Im Sinne der „Arterhaltung“ wurde sich zu der Zeit stark an sozialdarwinistischen Theorien, die besonders prominent durch den Biologen Ernst Haeckel verbreitet wurden, bedient. Da sich Menschen und auch „Völker“ in einem ewigen „Kampf ums Dasein“ befinden würden, müssen die Umwelteinflüsse auf eine Schädigung des eigenen „Volkes“ reduziert werden.

Diese Vorstellung vom Schutz der Heimat wendete sich auch gegen ein entstehendes Proletariat in den Städten und emanzipatorische Bestrebungen, die als widernatürlich kleingehal-



„Halte deine Umwelt sauber“ – Sticker gegen rechte Ideologien im Umwelt- und Naturschutz.

ten werden sollten. Ebenso spielten antisemitische Motive in die Vorstellung hinein: Jüdische Menschen wurden nicht als Teil des „deutschen Volkes“ betrachtet und ihnen daher auch der Bezug zum respektvollen Umgang mit der Natur abgesprochen. Bei der Gründung des ‚Bund Heimatschutz‘ im Jahre 1904 wurden dementsprechend dann auch keine Frauen oder Juden zugelassen.

Im weiteren Verlauf bis 1933 gab es verschiedene emanzipatorische Bewegungen, die sich mit Fragen des Natur- und Umweltschutzes auseinandersetzten, wie zum Beispiel die Naturfreunde, vereinzelt Jugendbünde oder Teile der Lebensreformbewegung. Doch den stärksten Einfluss auf politische EntscheidungsträgerInnen hatten stets völkisch orientierte AkteurInnen, die Naturschutz als Heimatschutz verstanden.

Die Nazis und das Reichsnaturschutzgesetz

Die Übergänge von der Heimatschutzbewegung in das NS-Regime waren sowohl personell als auch konzeptionell fließend. Die Grundvorstellung von einer organisch gewachsenen Verbindung von Mensch und Umgebung ließen sich problemlos in die „Blut- und Boden“-Ideologie der NationalsozialistInnen einfügen. Die Parteispitze um Hermann Göring erkannte früh die ideologischen Überschneidungen und band führende Naturschützer um Hans Klose in den Staatsapparat ein, und beauftragte den Entwurf eines Reichsnaturschutzgesetzes, welches dann auch 1935 in Kraft trat.²

Im Zuge des „Generalplan Ost“, also der systematischen Vertreibung und Ermordung der Bevölkerung in den eroberten Gebieten im Osten, sollte „Lebensraum“ für das „deutsche Volk“ geschaffen werden. Da es sich dabei allerdings nicht um den an das „Blut“ gebundenen Boden handelte, setzten die NationalsozialistInnen sogenannte „Reichslandschaftsanwälte“ wie Alwin Seifert, Reinhold Tüxen und Heinrich Wiepking-Jürgensmann für die Umgestaltung der Landschaft nach deutschem Vorbild ein. Der Gedanke dahinter war, dass für die Schaffung eines neuen deutschen Menschen auch die entsprechenden Bedingungen wie Heckenlandschaften und Wälder gegeben sein müssten. Genannte Männer bekleideten nach 1945 Lehrstühle und prägten die Inhalte ihrer Disziplinen federführend mit.

Grüne Protestbewegungen in der Bundesrepublik

Die Umweltbewegung der 1970er und 1980er Jahre wird gemeinhin als politisch links verortet und spätestens mit der Parteigründung der Grünen wird Umweltschutz als irgendwie „linkes“ Thema wahrgenommen. Aber auch hier waren und sind stets extrem rechte Gruppierungen und Personen involviert. Das lässt sich exemplarisch am ‚Weltbund zum Schutz des Lebens‘ (WSL) und dessen enger Verknüpfung zur Schulungsstätte ‚Collegium Humanum‘ zeigen. Der WSL wurde 1958 gegründet, sammelte ehemalige NS-Kader in seinen Reihen und setzte sich früh gegen Atomkraft und Pflanzengifte ein. Eng mit dem WSL verbunden war der Gründer des Collegium Humanum, Werner Georg Haverbeck, ein Vertrauter von SS-Führer Heinrich Himmler. Im Collegium Humanum fanden zahlreiche Kongresse zu umweltpolitischen Themen mit völkischer Ausrichtung statt und auch Treffen zur Formierung erster grüner Listen wurden dort abgehalten. So kam es auch, dass bei der grünen Parteigründung zunächst Rechtsextreme wie Haverbeck und Herbert Gruhl gemeinsam mit kommunistischen Gruppen zusammenarbeiteten. Diese Formierung blieb jedoch nicht lange bestehen und die völkisch orientierten UmweltschützerInnen gründeten die Ökologisch Demokratische Partei (ÖDP). Ab dem Zeitpunkt richteten sich die Grünen radikal nach links und ökologische Themen gelten seitdem als „linke“ Themen. Es hätte aber theoretisch auch anders kommen können.

Wiederaneignung des Natur- und Umweltschutzes von rechts

Die Besetzung ökologischer Themen von links stößt sowohl bei Neonazis in der NPD oder dem III. Weg, aber auch bei der sogenannten „Neuen Rechten“ um das Institut für Staatspolitik, den Antaios-Verlag und die Identitäre Bewegung auf großes Missfallen. Ein wenig lässt sich damit auch das primäre Feindbild der Rechten erklären. Ob in Publikationen, Sozialen Medien oder Redebeiträgen: Die Grünen werden meistens am heftigsten attackiert. Das liegt einerseits an der Besetzung des als rechts verstandenen Themas und andererseits an dem emanzipatorischen Gesellschaftsverständnis, was Rechtsextreme als „widernatürlich“ bezeichnen. In Konzepten wie des „Ethnopluralismus“,

einer modernisierten Form der „Blut und Boden“-Ideologie finden sich die gleichen Elemente der Verbindung von Menschen und ihrer Umgebung in traditionellen Gesellschaftsformen wieder. Dort wird Migration als umweltschädigend abgelehnt und Rassismus als naturgegeben gerechtfertigt. Wichtig ist uns darauf hinzuweisen, dass die extreme Rechte heute Natur- und Umweltschutzthemen nicht nur benutzt, um ihre menschenrechtsverachtende Ideologie in die Mitte der Gesellschaft zu bringen, sondern dass sie sich wirklich um die Natur und teilweise auch um die Umwelt sorgen. Nur ist dieses Verständnis eben eines, was dem historischen Heimatschutz entspricht und damit antidemokratisch und rassistisch ist.

Interessant ist in diesem Kontext die Leugnung des menschengemachten Klimawandels, die sich durch sämtliche rechtspopulistische oder rechtsextreme Spektren zieht. Die globale Ausrichtung von Fragen der Klimagerechtigkeit wird als universalistische Ideologie, mit dessen Hilfe dem Globalen Norden Schaden zugefügt wird, abgelehnt.

Wenn sich nun also der III. Weg mit den Protesten im Hambacher Wald solidarisiert, ist das auf eine gewisse Weise ernst gemeint, aber sollte als Versuch einer Besetzung des Umwelt- und Naturschutzes verstanden und jegliche Zusammenarbeit abgelehnt werden. Globale und demokratische Bestrebungen für Naturschutz und Klimagerechtigkeit lassen sich nicht mit Heimatschutzgedanken vereinbaren.



Yannick Passeick

Der Autor ist Bildungsreferent bei FARN, einer Fachstelle der Naturfreunde und Naturfreundejugend Deutschlands, die die historischen und aktuellen Verknüpfungen des deutschen Natur- und Umweltschutzes mit extrem rechten und völkischen Strömungen untersucht und Information, Beratung und Qualifikation anbietet.

1 <https://der-dritte-weg.info/2018/09/kampf-um-den-hambacher-forst/>.

2 Joachim Radkau/Frank Uekötter (Hg., 2003): Naturschutz und Nationalsozialismus (Geschichte des Natur- und Umweltschutzes, 1). Frankfurt a. M./New York.

4/2018

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung



Lebensadern unserer Erde Flüsse – begradigt, gestaut, zerstört.

Seite 4

Verdammt gefährdet: Der Kampf um Europas letzte Wildflüsse

Seite 10

Flüsse und Konflikte – Zur strategischen Bedeutung von Wasserläufen

Seite 14

Salzig und braun: Wie die Kohle unserem Wasser schadet

Seite 22

Ökologische Grenzen und Fehlinvestitionen in der Binnenschifffahrt